

Unverständnis für geplante Freiburger Delegationsreise nach Madison mit anschließendem Spaßprogramm.

Freie Wähler finden die angekündigte Delegationsreise unter Aspekten des Klimaschutzes und der aktuellen politischen Lage vollkommen inakzeptabel und appellieren daher an die Verwaltung, die Reisepläne noch einmal zu überdenken bzw. die Reise komplett abzusagen.

Die Stadtverwaltung hat die Mitglieder des Gemeinderates über eine geplante Reise zu unserer Partnerstadt nach Madison/USA informiert.

Die Reise soll vom 31. August bis 9. September 2022 dauern. Es ist ein zunächst drei- bis viertägiger Aufenthalt in der Partnerstadt selbst und sodann ein Weiterflug mit rein touristischem Programm nach Chicago und New York vorgesehen. Insbesondere der Besuch der Städte Chicago und New York steht mit der kommunalpolitischen Tätigkeit der Delegationsteilnehmer in keinerlei Zusammenhang.

An dieser Reise werden Bürgermeisterinnen und Bürgermeister der Stadt Freiburg, Mitglieder des Gemeinderates (11 Plätze sind reserviert) und weitere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung teilnehmen. Die Reise wird, wie bisher üblich, zum Teil mit städtischen Mitteln finanziert.

„Unsere Fraktion unterstützt ausdrücklich die Pflege bestehender Städtepartnerschaften, rät jedoch eindringlich von der geplanten Reise, zumindest zum jetzigen Zeitpunkt ab“, so der Fraktionsvorsitzende Dr. Johannes Gröger.

Die aktuelle politische Lage ist von dem Krieg in der Ukraine, einem drohenden Notstand bei der Energieversorgung, explodierenden Energiekosten sowie den bekannten Problemen in Zusammenhang mit dem Klimawandel geprägt. An dieser Stelle sei auch an das Klimacamp auf dem Rathausplatz erinnert.

Pressekontakt:

Wenn die angekündigte Reise dann auch noch unter dem Schwerpunktthema „Austausch im Umweltbereich“ steht, endet nach Auffassung der Freien Wähler jegliche Legitimation und Nachvollziehbarkeit.

„Unsere Fraktion hält es für politisch falsch und den Bürgerinnen und Bürgern dieser Stadt nicht vermittelbar, wenn eine derartige Reisedelegation zum jetzigen Zeitpunkt mit dem Flugzeug eine rund 7.000 km entfernte Partnerstadt besucht sowie eine quasi private Weiterreise bzw. einen Aufenthalt in weitere Großstädte unternimmt und sich dies vom Geld des Steuerzahlers mitfinanzieren lässt.“, ist sich der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Kai Vesper sicher.

„Der mit den Reiseplänen verursachte CO₂-Ausstoß, der auch nicht durch entsprechende finanzielle Kompensation aus der Welt geschafft werden kann, stellt hierbei nur eines der Themen dar, die in der Kritik der Bürgerinnen und Bürger stehen“, ergänzt Stadträtin Gerlinde Schrempp.

Vor allem in Zeiten eines Krieges in Europa und in Zeiten, in denen die BürgerInnen aufgefordert werden, den Gürtel enger zu schnallen, ist es den Menschen dieser Stadt nicht vermittelbar, dass sich die Verwaltung und auch der Gemeinderat zu einer solchen Teil-Vergnügungsreise aufmachen will. Die angekündigte Reise lässt jeglichen politischen Instinkt vermissen.

Wir appellieren daher an die Verwaltung, die geplante Reise, zumindest in diesem zeitlichen als auch personellen Umfang, abzusagen. Wenn es zum gegenwärtigen Zeitpunkt für unumgänglich erachtet wird, in direkten Kontakt mit unserer Partnerstadt Madison zu treten, so möge sich eine solche Delegationsreise auf die unabdingbar benötigte Zeit und Personenanzahl beschränken. Teilnehmen sollten aus unserer Sicht die (Fach-) Bürgermeisterin, der Oberbürgermeister und gegebenenfalls ein bis zwei Mitarbeiterinnen, bzw. Mitarbeiter der Verwaltung.

Pressekontakt: